

Peter Moser

"Kinderbetreuung Ja" - aber mit Vorbehalten

Eine Analyse der Gemeinderesultate der kantonalen Abstimmung vom 13. Juni 2010

Einmal mehr hiess es am Sonntag: Initiative abgelehnt - Gegenvorschlag angenommen, mit 34.5% respektive 62.4% Ja-Stimmenanteil. Die Stimmbeteiligung war dabei mit rund 27% selbst für einen ausschliesslich kantonalen Termin ohne eidgenössische Vorlagen sehr niedrig, und sie wäre bestimmt noch niedriger gewesen, wenn nicht in etlichen Gemeinden, zumal der Stadt Zürich, noch umstrittene kommunale Vorlagen und Wahlen stattgefunden hätten, welche die Stimmbeteiligung teilweise erheblich in die Höhe trieben.¹

Auch wenn die Initiative, welche im Vergleich mit dem Gegenvorschlag eine stärkere Rolle des Kantons bei der Steuerung und Finanzierung des Betreuungsangebots für Vorschulkinder vorsah, in keiner Gemeinde des Kantons angenommen wurde,² sind die Unterschiede zwischen den Gemeinderesultaten beträchtlich. Zwischen dem Minimum in Volken mit 5% Zustimmung und dem Maximum in Zürich mit 48% klafft eine Spanne von 43 Prozentpunkten. Beim Gegenvorschlag sind es sogar 47 Prozentpunkte (auch hier ist Differenz zwischen denselben Gemeinden am grössten). Die Voraussetzungen sind also günstig für eine Aggregatsdatenanalyse auf der Basis der kommunalen Abstimmungsergebnisse.³

¹ Die Stimmbeteiligung war beispielsweise in Maur (2. Wahlgang Gemeindepräsidium; 44%), oder Herrliberg (Wahl Gemeinderat; 45%) deutlich höher als zu erwarten war angesichts des generellen Niveaus der Beteiligung an diesem Wahltag und der bekannten Unterschiede der Partizipation zwischen den Gemeinden. Die Stimmbeteiligung in der Stadt Zürich scheint zwar mit 31% auf den ersten Blick auch nicht gerade hoch: Eine Modellrechnung zeigt aber, dass sie dank der kommunalen Abstimmungen etwa 7 Prozentpunkte höher lag, als sie es ohne diese gewesen wäre. Dies war im Übrigen der wesentliche Grund dafür, dass die Hochrechnung die kantonalen Ja-Stimmenanteile bei beiden Vorlagen systematisch um etwa zwei Prozentpunkte unterschätzte. Das Ausmass der Zustimmung in Zürich wurde zwar korrekt prognostiziert, das Gewicht der Stadt im gesamtkantonalen Resultat aber wegen der hohen Stimmbeteiligung unterschätzt.

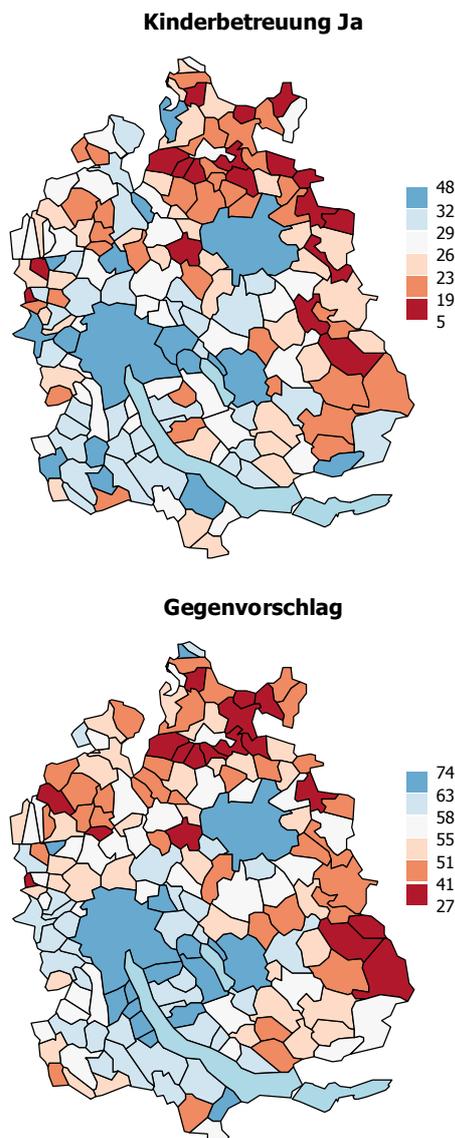
² Sie war nur in den städtischen Wahlkreisen 3, 4+5 sowie 6 mehrheitsfähig.

³ Bei jeder Aggregatsdatenanalyse auf Gemeindeebene besteht die Gefahr, in die Falle der sogenannten "ecological fallacy", des ökologischen Fehlschlusses zu tappen. Nur eine demoskopische Nachbefragung kann zeigen, welche Stimmbürger ein Ja und welche ein Nein einlegten. Dennoch sind die Erkenntnisse

Grafik 1 zeigt die regionale Verteilung der Ja-Stimmenanteile zur Initiative und zum Gegenvorschlag. Wie sind die Unterschiede zwischen den Gemeinden zu erklären? Was erzählen sie uns über die Haltung unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Gruppen zu den beiden Optionen staatlicher Regulierung des Kinderbetreuungswe-sens?

Grafik 1: Regionale Unterschiede in der Zustimmung zu Kinderbetreuungs-initiative und zum Gegenvorschlag

Kanton Zürich, Ja-Stimmenanteile in %



Die Farbabstufungen teilen den Wertebereich der Ja-Stimmenanteile in das 10%-, 25%-, 50%-, 75%- und 90%-Quantil ein: D.h. jene zehn Prozent der Gemeinden und Stadtwahlkreise mit den niedrigsten Ja-Stimmenanteilen sind dunkelrot eingefärbt, weitere 15 Prozent mittelrot etc. Insgesamt befinden sich je etwa die Hälfte der Gemeinden im roten und im blauen Bereich. Das für die Analyse relevante räumliche Verteilungsmuster ist in dieser Darstellung unabhängig vom allgemeinen Niveau der Zustimmung gut zu erkennen.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

einer Aggregatsdatenanalyse bis zum Widerruf brauchbar – wobei die Erfahrung lehrt, dass die Resultate der beiden Analysemethoden, soweit vergleichbar, meist übereinstimmen (siehe dazu auch die grundsätzlichen Ausführungen zu einem Vergleich von Aggregats- und Befragungsdaten am Beispiel der Ständeratswahlen 2007 in Moser 2008).

Ein Modell des Abstimmungsverhaltens ...

Wie immer versuchen wir die Bedeutung der unterschiedlichen Erklärungsfaktoren systematisch – im Gegensatz zu anekdotisch-einzelfallbezogen - und im Zusammenhang, d.h. multivariat zu ermitteln. Im vorliegenden Fall kommen drei Faktoren als Erklärung für das unterschiedliche Abstimmungsverhalten in den Gemeinden grundsätzlich in Frage: Dieses könnte (I.) die politisch-ideologische Ausrichtung der Stimmbürgerschaft oder (II.) deren allgemeine soziodemographische Situation reflektieren und schliesslich könnte (III.) auch noch sehr spezifisch die erwartete Auswirkung des Abstimmungsergebnisses auf die kommunale Ausgestaltung des Kinderbetreuungsangebots eine Rolle spielen, d.h. im weitesten Sinne eigennützige Motive.

Um das relative Gewicht dieser Faktoren in unserer Aggregatsdatenanalyse zu ermitteln, müssen sie einerseits quantitativ erfasst und andererseits in einem Modell kombiniert werden. Dazu verwenden wir ein multivariates Regressionsmodell des Ja-Stimmenanteils der Gemeinden des Kantons mit fünf unabhängigen Variablen.

Zur Charakterisierung der ideologischen Grundhaltung der Gemeinden – bzw. des Kollektivs derjenigen Stimmberechtigten, die jeweils an den Urnengängen teilnehmen – verwenden wir zwei Variablen, die den Achsen der sogenannten "politischen Landkarte" entsprechen, wie sie in Grafik 3, S. 6 dargestellt ist. Sie werden aus den Abstimmungsergebnissen der Vergangenheit mittels eines statistischen Verfahrens gewonnen (Moser 2005).

Die soziodemographischen Verhältnisse werden ebenfalls durch zwei Variablen abgebildet, von denen die eine, grob gesagt, den Individualisierungsgrad der Bevölkerung einer Gemeinde erfasst. Sie spannt den Gegensatz zwischen modernen, individualisierten und eher traditionellen, an Kollektiven wie der Familie oder der Kirche orientierten Lebensweisen, und damit auch denjenigen zwischen Stadt und Land, auf. Die zweite Dimension dieses "Sozialraums" beschreibt den Status. Sie erfasst die Unterschiede in der Ausstattung mit materiellen Ressourcen (Einkommen) und Humankapital, d.h. Bildung.⁴ Es versteht sich von selbst, dass diese zwei Dimensionen die soziale Situation einer Gemeinde nur sehr grob umschreiben. Im Rahmen einer Aggregatsdatenanalyse sind aber der Differenzierung der Aussagen ohnehin enge Grenzen gesetzt.

Das Ziel der Initiative wäre die Bereitstellung eines "der Nachfrage entsprechenden" Kinderbetreuungsangebots gewesen. Aus einer eigennützigen Perspektive wäre deshalb zu erwarten, dass ein gegenwärtig ungestillter Bedarf nach Betreuungsplätzen die Neigung der Initiative zuzustimmen zumindest bei den betroffenen Eltern eher erhöhen sollte.

Ein zuverlässiger Indikator für ein derartiges Nachfragepotenzial im Vergleich mit dem Status quo ist allerdings auf kommunaler Ebene nicht ganz leicht zu finden. Die kantonale Bildungsdirektion hat im Vorfeld der Abstimmung eine Studie zur Schätzung der potentiellen Nachfrage bei verschiedenen Preis-, bzw. Subventionskonstellationen in Auftrag gegeben (Kanton Zürich 2010). Leider liess das verwendete Schätzverfahren eine Regionalisierung der Nachfragepotenziale nur auf Bezirksebene zu. Kommunale Differenzen zur gegenwärtigen Situation, die man mit gebührender Vorsicht als "Nachfrageüberhänge" hätte deuten können, wurden also nicht ermittelt. Betrachtet man aber das Verhältnis von gegenwärtiger Betreuungsquote und Differenz zu den Nachfragepotenzialen auf dem Bezirksniveau, so zeigt sich, dass zwischen den beiden Grössen ein monotoner negativer Zusammenhang besteht, d.h. je geringer der gegenwärtige Betreuungsgrad, desto grösser die Differenz. Der Nachfrageüberhang gemäss der

⁴ Die einbezogenen Indikatoren und die Methode der Dimensionsreduktion (Hauptkomponentenanalyse) sind in (Moser 2009c, statistik.info 12/09) etwas genauer beschrieben (Fussnote 2). Dort findet sich auch eine graphische Darstellung dieses Sozialraums, aus der ersichtlich ist, welche Gemeinden wo platziert sind (Grafik 3).

kantonale Studie ist als umso kleiner, je höher der Anteil betreuter Kinder am Total der Kinder in der relevanten Altersklasse ausfällt.

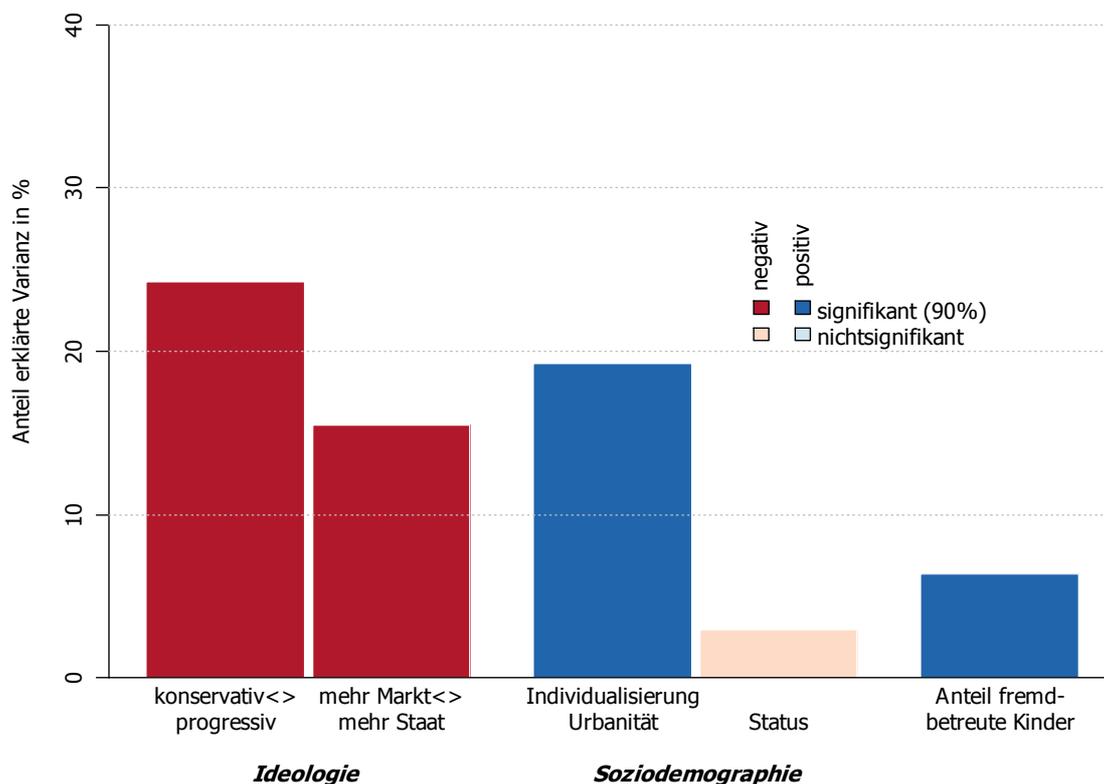
Geht man davon aus, dass dieser Zusammenhang in erster Näherung auch auf dem Gemeindeneiveau gilt, so kann im Modell behelfsmässig letztere Messgrösse verwendet werden, die auf Gemeindeebene dank der Erhebungen im Zusammenhang mit dem Kinderbetreuungsindex⁵ differenziert zur Verfügung steht. Für die Interpretation der Resultate bedeutet dies, dass der oben vermutete Zusammenhang ein negatives Vorzeichen hat: Je niedriger die Betreuungsquote ist, desto höher sollte der Ja-Stimmenanteil sein.

... und dessen Resultate für die Initiative....

Grafik 2 zeigt, womit der Ja-Stimmenanteil für die Betreuungsinitiative zusammenhängt, wenn man alle fünf beschriebenen Variablen gleichzeitig berücksichtigt, und deren Effekte dadurch wechselseitig kontrolliert.

Grafik 2: Die Zustimmung zur Kinderbetreuungsinitiative wird beeinflusst durch ...

Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils, n=171 Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz (R^2) = 68%



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen beschreibt die relative Bedeutung der verschiedenen Einflussfaktoren in Prozent der zu erklärenden Gesamtvarianz der abhängigen Variable, d.h. des Ja-Stimmenanteils der Initiative. Wir verwenden hier die sogenannte "Img"-Metrik als Mass für die Effektgrösse der Variablen (Grömping 2007, 2009). Ein Regressionsmodell, das 100% der Varianz erklärt, würde jedes Gemeinderesultat fehlerfrei reproduzieren. Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung schliesslich zeigt, ob der Zusammenhang signifikant ist.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

⁵ Siehe www.kinderbetreuung.zh.ch.

Die ideologischen Faktoren erklären zusammen etwa 40% der Varianz der Gemeinderesultate, sind also recht erklärungskräftig. Je konservativer und je liberaler die Abstimmenden einer Gemeinde in der Regel sind, desto niedriger war die Zustimmung zur Kinderbetreuungsinitiative. Parteipolitisch gesprochen bedeutet dies: Je höher der SVP- und der FDP-Wähleranteil, desto weniger Ja-Stimmen, je mehr SP-Wähler desto mehr Zustimmung. Sind die Zusammenhänge auf Gemeindeebene derart ausgeprägt, kann man davon ausgehen, dass der Anteil der FDP und SVP-Wähler, die der Initiative zustimmten, unter dem kantonalen Durchschnitt (34%) lag, während er in der SP Wählerschaft überdurchschnittlich war.⁶ Dies entspricht auch den Parolen der Parteien zur Initiative.

Ebenfalls erwartungsgemäss ist auch, dass auf soziodemographischer Ebene ein hoher Individualisierungsgrad mit einem deutlich erhöhten Ja-Stimmenanteil einhergeht: Je "moderner" und urbaner die Bevölkerung einer Gemeinde ist, desto geringer ist auch die Bedeutung traditioneller familialer Strukturen und desto höher auch der Stellenwert staatlich organisierter externer Kinderbetreuung. Für einmal hat hingegen die Zustimmung zu einer sozialpolitischen Vorlage nichts mit dem sozialen Status, d. h. mit Einkommen und Bildung zu tun: die Erklärungskraft der entsprechenden Variable im Modell ist gering und nicht signifikant.

Was nun den Anteil fremdbetreuter Kinder angeht, so trägt der zwar nur in sehr bescheidenen Masse (bloss 6% erklärte Varianz) zur Erklärung des Ja-Stimmenanteils bei, der Effekt ist aber immerhin signifikant. Das positive Vorzeichen entspricht allerdings nicht den oben formulierten Erwartungen: denn es impliziert, dass ein höherer Anteil betreuter Kinder (und entsprechend unserer obigen Messhypothese ein geringerer Nachfrageüberhang) mit einem geringfügig höheren Ja-Stimmenanteil für die Initiative einhergeht. Es sind also nicht die "unterversorgten" Gebiete die bei Berücksichtigung aller anderen Faktoren der Initiative eher zugestimmt haben. Selbstverständlich können aus diesem Befund keine weitreichenden Schlüsse gezogen werden; gerade beim Testen derart spezifischer Motivationshypothesen kommt eine Aggregatsdatenanalyse an ihre Grenzen.⁷

... sowie den Gegenvorschlag

Der Gegenvorschlag des Kantonsrats machte in allen Gemeinden des Kantons deutlich mehr Stimmen als die Initiative. Die Differenz der Ja-Stimmenanteile war aber keineswegs überall dieselbe. Ganz im Gegenteil: In der Tösstaler Berggemeinde Sternenberg betrug sie bloss +10 Prozentpunkte in Rüschlikon hingegen nicht weniger als +42 Prozentpunkte. Was war der Grund dafür?

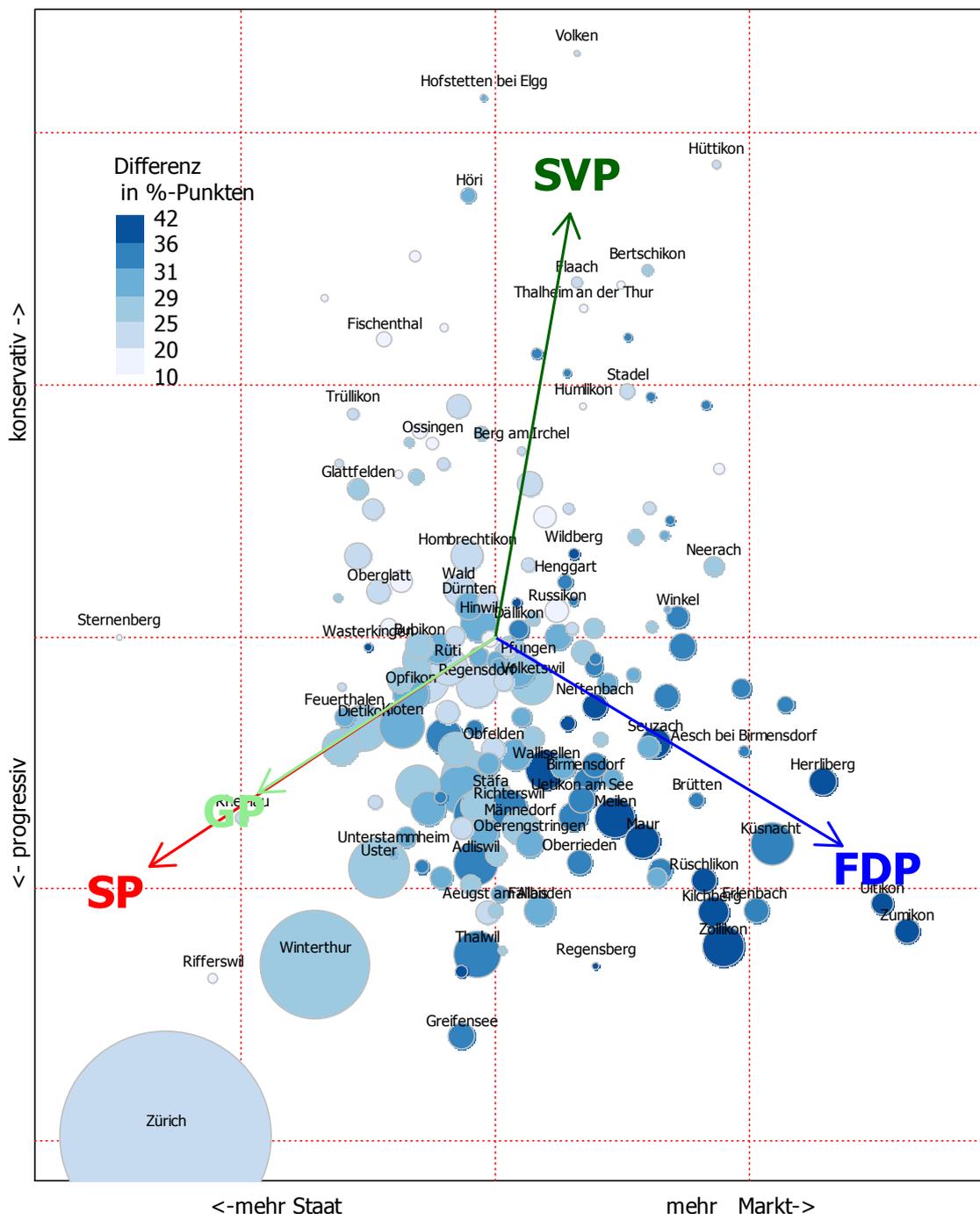
⁶ Der eine oder andere Leser wundert sich vielleicht, weshalb in unseren Abstimmungsanalysen noch immer von den traditionellen drei grossen Parteien die Rede ist, obschon die Grüne Partei nur noch unwesentlich (3 Prozentpunkte) weniger Wähler als die FDP hat. Der Grund dafür ist folgender: Die Grundlage einer derartigen Aggregatsdatenanalyse sind regionale Unterschiede in der Verteilung der Parteiwählerschaften, d.h., statistisch gesprochen, voneinander unabhängige Varianz in den Wähleranteilen der Parteien. Diese Bedingung ist für SP, SVP und FDP gegeben, die in jeweils unterschiedlichen Gebieten des Kantons ihre „Hochburgen“ haben (siehe Moser 2005). Bei der Grünen Partei ist hingegen zum einen die Varianz der Wähleranteile (in den Nationalratswahlen 2007) um eine Grössenordnung geringer als bei den drei traditionellen "Grossen": Der Unterschied zwischen dem Maximum und dem Minimum beträgt bloss 12 Prozentpunkte. Bei der SP sind es 23, bei der FDP 31 und bei der SVP sogar 43 Prozentpunkte. Zum andern kovariert der Wähleranteil der Grünen auch mit demjenigen der SP, was bedeutet, dass ein separater „Grüneneffekt“ statistisch nicht fassbar ist. Auf der Grafik 3 ist dies daran zu erkennen, dass die beiden Pfeile übereinander liegen.

⁷ Es gibt allerdings, gerade bei kantonalen Vorlagen Ausnahmen: Wenn es etwa um den Angebotsausbau bei der S-Bahn (flächendeckender Halbstundentakt, 17.5.2009; siehe Moser 2009a) oder den Fluglärm geht (z. Fairfluginitiative, 27.9.09, siehe Moser 2009b), sind regional unterschiedlichen Interessenskonstellationen in den Abstimmungsergebnissen sehr deutlich sichtbar.

Des Rätsels Lösung weist Grafik 3, welche die Zustimmungsdifferenz in der politischen Landkarte des Kantons darstellt. Es ist offensichtlich, dass die Unterschiede in Richtung der marktwirtschaftlich orientierten FDP-Hochburgen am unteren Zürichsee (darunter das bereits erwähnte Rüslikon) zunehmen. Konkret muss man davon ausgehen, dass in diesen Gemeinden die Kombination eines Neins zur Initiative und eines Jas zum Gegenvorschlag besonders oft auf den Stimmzetteln stand.

Grafik 3: Überall mehr Stimmen für den Gegenvorschlag – aber nicht überall gleichviel mehr

(Ja-Stimmenanteil Gegenvorschlag)-(Ja-Stimmenanteil Initiative) (Blasenfärbung). Wählerstärke der Parteien in den Nationalratswahlen 2007 (zunehmender Wähleranteil in Pfeilrichtung). Grösse der Blasen proportional zur Zahl der Stimmberechtigten.

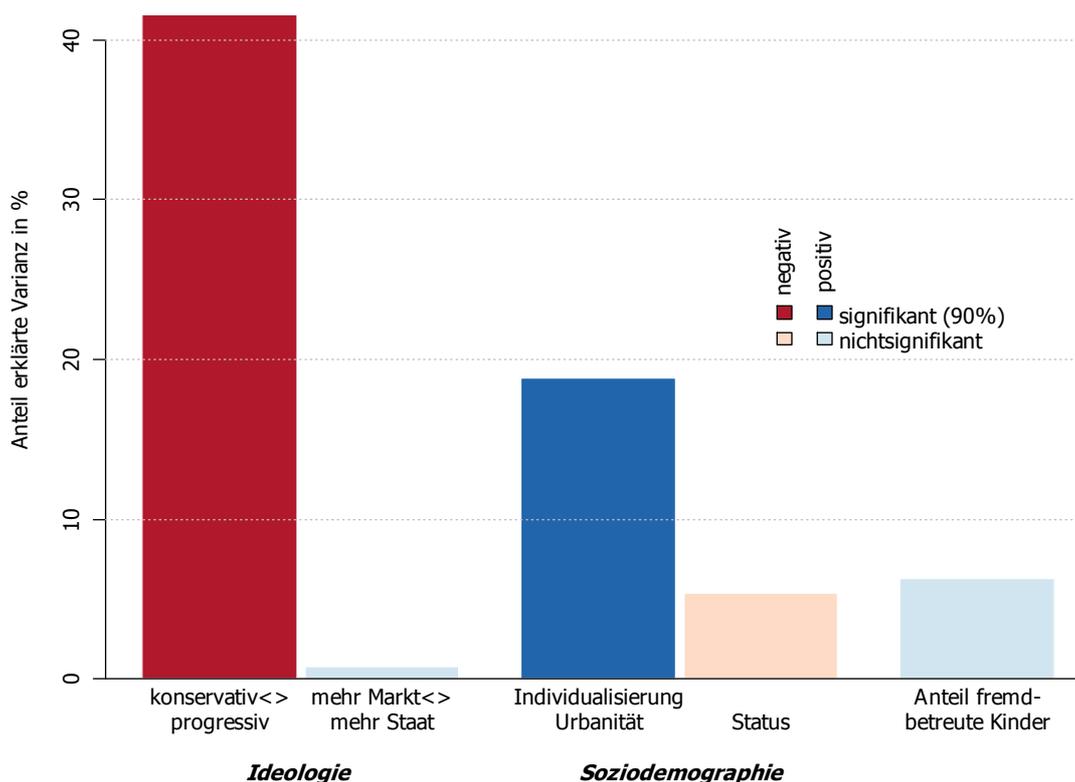


Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Diese Erkenntnis wird auch bestätigt, wenn man etwas formaler, das obige Modell auf den kantonsrätlichen Gegenvorschlag anwendet. Vergleicht man Grafik 2 mit Grafik 4, so springt ein wesentlicher Unterschied ins Auge: der Gegensatz "Markt <-> Staat" verliert seine Erklärungskraft vollkommen. Anders als bei der Initiative besteht beim Gegenvorschlag also keine Polarisierung zwischen den Wählerschaften mit einer unterschiedlichen Einschätzung der Rolle des Staates bzw. Marktes. Umso stärker dominiert dafür der Gegensatz zwischen den gesellschaftlich Konservativen und den Progressiven, der für sich allein mehr als 40% der Varianz des Ja-Stimmenanteils erklärt.

Grafik 4: Die Zustimmung zum Gegenvorschlag wird beeinflusst durch ...

Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils, n=171 Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz (R^2) = 73%



Lesehilfe: Siehe Grafik 2.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Fazit

Zwischen den regionalen Mustern der Zustimmung zu Initiative und Gegenvorschlag, bestehen also deutliche Unterschiede, die in den Modellresultaten empirisch dingfest gemacht werden können. Sie können holzschnittartig etwa so zusammengefasst werden: Für die gesellschaftlich progressive eingestellten -gehäuft in der SP und der GP zu finden - wie auch für die konservativen Stimmberechtigten – eher in der SVP zuhause - liefen die beiden Vorlagen im Grunde genommen aufs selbe heraus. Die Gründe dafür sind selbstverständlich völlig unterschiedlich. Für die ersteren hat das ausserfamiliäre Kinderbetreuungsangebot an sich einen sehr hohen, ideologisch tief verankerten, fast symbolischen Stellenwert; sie erleichtert die Erwerbstätigkeit von Müttern und fördert damit die Gleichstellung der Frau, sie trägt zur Integration fremdsprachiger Kinder bei etc. Die Konservativen haben mit demselben Angebot ein ebenso grundsätzliches Problem. Nach ihrer Meinung höhlt es traditionelle Familienstrukturen aus, mindert die Eigenverantwortung der Eltern, führt zu einer Verstaatlichung der Kindererziehung etc. Wie das Angebot letztlich organisiert wird, ob eher zentralisiert mit einer starken Rolle

des Kantons, oder eher lokal in den Gemeinden, ist aus diesen konträren Perspektiven nicht so wichtig.

Für die "Liberalen", die bezüglich der skizzierten ideologischen Opposition eine Mittelstellung einnehmen, konkret die Wählerschaft der FDP, die als Partei, wie auch die Mitteparteien CVP und glp unterschiedliche Empfehlungen für Initiative und Gegenvorschlag herausgab, waren die flexibleren, dezentralen, "marktnäheren" Modalitäten offenbar ausschlaggebend für die positiveren Bewertung des Gegenvorschlags gegenüber der Initiative. Man kann davon ausgehen, dass dies auch der Grund für dessen Mehrheitsfähigkeit war.

Zitierte Literatur

Grömping Ulrike (2007). Estimators of Relative Importance in Linear Regression Based on Variance Decomposition. *The American Statistician* 61, 139-147.

Grömping Ulrike (2009). Variable Importance Assessment in Regression: Linear Regression Versus Random Forest. *The American Statistician* 63, 308-319.

Kanton Zürich, Bildungsdirektion (2010). Familienergänzende Betreuung im Kanton Zürich im Vorschulbereich: Schätzung der Nachfragepotenziale. Zürich. [www.sk.zh.ch/internet/sk/de/mm/2010/081.ContentList.0002.Document.pdf]

Moser Peter (2005). Politik im Kanton Zürich – eine Synthese. (statistik.info 15/05). Statistisches Amt des Kantons Zürich. Zürich.

Moser Peter (2008). Die Zürcher Ständeratswahlen 2007 – eine Nachlese. Aggregats- und Befragungsdaten im Vergleich. (statistik.info 04/08). Statistisches Amt des Kantons Zürich. Zürich.

Moser, Peter (2009a) Komplementärmedizin, biometrische Pässe und Halbstundentakt Eine Analyse der Zürcher Resultate der Abstimmungen vom 17. Mai 2009, (statistik.info 04/09). Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Moser, Peter (2009b) Sozial-, Institutions- und Fluglärmpolitik - Eine Analyse der Zürcher Resultate der Abstimmungen vom 27. September 2009. (statistik.info 10/09). Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Moser, Peter (2009c). Minarettinitiative und Regierungsratsersatzwahl - Eine Analyse der Zürcher Resultate der Urnengänge vom 29.11.2009. (statistik.info 12/09). Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe "statistik.info" analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen im Kanton und Wirtschaftsraum Zürich.

Unser monatlicher Newsletter "NewsStat" und unser tagesaktueller RSS-Feed informieren Sie über unsere Neuerscheinungen in der Reihe "statistik.info" sowie über die Neuigkeiten in unserem Webangebot.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Dr. Peter Moser
Telefon: 044 225 12 35
E-Mail: peter.moser@statistik.ji.zh.ch

Statistisches Amt des Kantons Zürich
Bleicherweg 5
8090 Zürich
Telefon: 044 225 12 00

E-Mail: datashop@statistik.zh.ch

www.statistik.zh.ch